Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige.
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 4. Januar 1879. Nr. 6.

Deutschland.

** **Berlin**, 3. Januar. Dem Bundesrath sind ein Antrag Preußens auf Erwerbung der preußischen Staatsdruckerei für das Reich und der Bericht der Tabaks-Enquete-Kommission zugegangen.

Nachdem die Zolltarif-Kommission heute Mittag 12 Uhr Seitens des Staatsministers Hofmann persönlich begrüßt worden, trat dieselbe unter dem Vorsitz des Herrn v. Varnbüler im Reichskanzleramt zu einer kurzen Sitzung zusammen. Die nächste Sitzung ist auf morgen anberaumt. Diese und die weiteren Sitzungen werden in dem Gebäude Wilhelmstraße 70a abgehalten werden.

Die „Kölnische Zeitung“ ließ sich unterm 1. Januar telegraphiren, es habe die Absicht bestanden, diejenigen Handelsverträge zwischen auswärtigen Staaten und dem Zollverein, deren Kündigung noch nicht erfolgt war, vor Ablauf des vergangenen Jahres zu kündigen. Diese Meldung ist irrthümlich. Nur diejenigen Verträge, welche ein Tarifverhältniß zwischen dem betreffenden Staat und dem Zollverein oder dem deutschen Reich als Nachfolger des Zollvereins begründet haben, sollten gekündigt werden. Verträge solcher Art bestanden nur noch mit Belgien und der Schweiz. Nachdem diese beiden Verträge am 31. Dezember gekündigt worden, laufen dieselben am 31 Dezember 1879 ab, wie sich von selbst versteht, vorbehaltlich anderweiter Verständigung.

Ueber den Tag der Begehung des Ordensfestes liegt eine allerhöchste Entschließung bis jetzt nicht vor. Wenn sich in einem Blatte die Angabe findet, es werde die Feier des Festes diesmal am 19. d. stattfinden, so ist das offenbar nur eine Konjektur auf den Umstand begründet, daß der 18. d. auf einen Sonnabend fällt.

Die Berufung Kögels in den evangelischen Oberkirchenrath ist, wie eine hiesige Zeitung bereits richtig mitgetheilt hat, unter gleichzeitiger Entbindung seiner Stellung als vortragender Rath im Kultusministerium erfolgt.

Berlin, 3. Januar. Das „Berl. Tageblatt“ schreibt:

In dem zollpolitischen Programm des Reichskanzlers wird die allgemeine Eingangsabgabe zwar auf durchschnittlich 5 Prozent vom Werthe berechnet, sie soll jedoch unter Zugrundelegung verschiedener Prozentsätze, je nach dem Bedarfe der einheimischen Produktion, abgestuft werden. Wenn die letztere Rücksicht wirklich als maßgebend anerkannt würde, so würde die Freude in schutzzöllnerischen Kreisen, namentlich bei den Landwirthen, stark beeinträchtigt werden. Denn die Abstufung nach dem Bedarfe der Produktion bedingt vor Allem eine möglichst niedrige Bemessung der Zollsätze für Rohprodukte, also insbesondere für landwirthschaftliche Erzeugnisse. Der einzige Tarif in Europa, welcher dem Programm des Reichskanzlers einigermaßen nahe steht, da er auch auf der Zollpflichtigkeit aller eingehenden Gegenstände basirt, der vorläufig festgestellte, aber noch nicht eingeführte neue Zolltarif der Schweiz, hat deshalb auch als Skala für die Bemessung der Zollsätze angenommen: 1 pCt. für Rohstoffe, 2 pCt. für Halbfabrikate, 3 pCt. für Fabrikate, 5 pCt. für Konfektionswaaren, 10 pCt. für Luxusgegenstände.

Eine solche Abstufung würde wohl unseren Agrariern recht wenig passen; gefällt ihnen doch, wie es scheint, schon ein Satz von 5 pCt. nicht mehr. Wenigstens hat ihr Berliner Organ neuerdings schon Zölle in Höhe von 15 pCt. vom Werthe gefordert, und das „Elsässer Journal“, das früher wacker für Schutzzölle auf Industrie-Produkte eingetreten ist, erklärt jetzt schon rundweg, daß, wenn alle Artikel durch Eingangszölle im Preise gesteigert würden, die Zölle für die Landwirthschaft so hoch angesetzt werden müßten, daß sie ihre Preise für Getreide und Fleisch um 25—30 pCt. steigern könnte, da die Landwirthschaft erst dann ein gutes Geschäft machen könne. Man mag sich vorstellen, zu welcher Höhe die Zölle auf Industrieprodukte hinaufgeschraubt werden müßten, wenn die Industrie bei solchen Getreide- und Viehzöllen nicht vollständig zu Grunde gehen sollte. Eine besondere Gefahr in dieser Hinsicht liegt jedenfalls darin, daß das neue Programm auf der Anschauung basirt, daß der ausländische Produzent den Zoll allein zu tragen habe bei allen Artikeln, welche das Inland in einer für den einheimischen Verbrauch ausreichenden Menge und Beschaffenheit zu erzeugen im Stande ist. Und es ist charakteristisch für die theoretische Grundlage dieses Programms, daß der einzige auf der allgemeinen Zollpflichtigkeit der Einfuhr beruhende Tarif, der erwähnte schweizerische Tarif, gerade von entgegengesetzten Anschauungen ausgeht. Gerade seine Verfasser haben, weil nach ihrer Ansicht die Eingangszölle die Waaren dem inländischen Konsumenten vertheuern, die Zollsätze in der Hauptsache nach dem Grade der Verarbeitung abgestuft. Man kann nicht behaupten, daß das hier behauptete Prinzip den wirthschaftlichen Verhältnissen in ihrer unendlichen Mannigfaltigkeit auch nur leidlich angepaßt sei; es ist eine Schablone, die für das wirkliche Leben oft genug höchst nachtheilig sein kann. Aber doch ist dieses Prinzip noch unendlich praktischer als eine Theorie, die die Zahlung der Zölle ohne Weiteres dem ausländischen Produzenten aufpackt und deshalb, trotz aller schönen Worte über den Bedarf der Produktion, sich selbst für die Höhe der Zölle keine andere Grenze als die finanzielle Rücksicht setzt.

— Auf handelspolitischem Gebiete ist ein weiterer Schritt geschehen, auf welchen man allerdings nach der Lage der Dinge gefaßt sein mußte. Wie der „Kölnischen Zeitung“ gemeldet wird, ist am 30. Dezember in Brüssel von deutscher Seite der Handelsvertrag zwischen Belgien und dem Zollverein vom 22. Mai 1865 gekündigt worden. Dieselbe Kündigung sollte, wo es noch nicht geschehen war, den anderen Staaten gegenüber vor Ende des vergangenen Jahres erfolgen, und es hat dieselbe auch ohne Zweifel stattgefunden. Das gegenwärtige Verhältniß soll mit Bezug auf Belgien und wahrscheinlich auch bezüglich der anderen Staaten vorläufig für ein Jahr fortbestehen, falls nicht in der Zwischenzeit ein anderer Vertrag abgeschlossen [illegible]. Die Kündigung soll Deutschland offenbar die Freiheit seiner Aktion für den Abschluß von Handelsverträgen wiedererlangen, und es deutet das auch darauf hin, daß man im Verlaufe dieses Jahres die Revision des allgemeinen Tarifs zu bewirken hofft. Ob diese allerdings nach dem Plane des Reichskanzlers in dem Schreiben vom 15. Dezember erfolgen kann, wird in Abgeordnetenkreisen vorerst noch immer bezweifelt.

— Die Kommission für die Zolltarifreform ist heute Morgen 11 Uhr im Reichskanzleramt zusammengetreten. Die Mitglieder derselben sind: der königlich würtembergische Staatsminister a. D. Freiherr v. Varnbüler als Vorsitzender, der Geheime Regierungsrath und vortragende Rath in der Reichkanzlei, Tiedemann, der Geheime Regierungsrath und vortragende Rath im Reichskanzleramt, Burchard, der preußische Geheime Regierungsrath und vortragende Rath im Ministerium für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, Rothe, der preußische Geheime Oberfinanzrath und vortragende Rath im Finanzministerium, Jähnigen, der bairische Oberzollrath Franz, der bairische Regierungsrath Herrmann der königlich sächsische Geheime Finanzrath Zenker, der würtembergische Oberregierungsrath Lutz, der badische Ministerialrath Lepique, der hessische Steuerrath Ruckelshausen, der mecklenburg-schwerinische Oberzolldirektor Oldenburg, der großherzoglich sächsische Geheime Finanzrath Dr. Heerwart und der Hamburgische Senator Stahmer.

Diese erste Sitzung war, wie man der „Nat.-Ztg.“ schreibt, eine rein formelle und von kurzer Dauer. Nach einer Ansprache des Präsidenten des Reichskanzleramts, Minister Hofmann, hielt der Vorsitzende der Kommission, Freiherr v. Varnbüler, die Begrüßungsrede, welche den Zweck und die Aufgaben der Kommission beleuchtete. Die Tagesordnung war damit erschöpft; die nächste Sitzung wurde auf morgen, Sonnabend, anberaumt, um über die Geschäftsordnung und die Art und Weise der Vertheilung der Arbeiten zu beschließen. Die späteren Sitzungen dürften sich vor der Hand in etwas größeren Zwischenräumen folgen, da die einzelnen Herren sich erst eingehend mit dem massenhaft zusammengeströmten Material beschäftigen werden.

Außer dieser Kommission werden durch die Reichsverwaltung im Laufe des Januar noch weitere Kommissionen berufen werden: zum 7. Januar eine Kommission in Sachen der Aversenfrage der Hansestädte Hamburg und Bremen; zum 13. eine Kommission zur Prüfung der Frage wegen Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Glasfabriken und am 17. eine Kommission zur Prüfung der Frage wegen Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Walz- und Hammerwerken. Für die ebenfalls im Januar zusammentretende Kommission zur Prüfung der Frage, betr. die steuerfreie Verwendung von Spiritus zu gewerblichen Zwecken, ist noch kein Termin bestimmt; auch sind die Mitglieder dafür noch nicht ernannt worden.

Ausland.

Paris, 1. Januar. Von den offiziellen Empfangsfeierlichkeiten, die heute anläßlich des Neujahrsfestes stattfanden, sind einige in den Blättern der Gegenstand ausführlicherer Berichte. So erfahren wir aus dem „Journal officiel“, daß im Marineministerium der Vice-Admiral Jauréguiberry den Minister im Namen des Personals beglückwünscht und hierbei die bestimmte Erwartung ausgesprochen hat, den Admiral Pothuau an der Spitze dieses Departements verbleiben zu sehen. Da Herr Pothuau in seiner Antwort auf diese Voraussetzung einging, war „Francais“ neulich schlecht unterrichtet, als er meldete, daß der Admiral sich bereits anschicke, das Hotel am Concordienplatze zu verlassen.

Dem Polizeipräfekten Albert Gigot brachte sein Kabinetschef, Herr Vergniaud, die Wünsche des Personals in einer längeren Ansprache dar, welche einen Rückblick auf die Thätigkeit der Präfektur im abgelaufenen Jahre warf.

Der Vorstand des Pariser Gemeinderathes, Präsident, zwei Vice-Präsidenten und drei Sekretäre, hatten vorgestern eine Unterredung mit dem Unterrichtsminister Bardoux über die Schulfrage. Sie legten ihm eine ganze Reihe von Budget- und anderen Beschlüssen dar, denen zufolge die kongreganistischen Lehrer und Lehrerinnen in allen städtischen Schulanstalten durch weltliche ersetzt werden sollen, [illegible] den Seine-Präfekten anzuweisen, daß er sich endlich in den Willen des Gemeinderathes und der Bevölkerung füge und einen durchaus konfessionslosen städtischen Unterricht ins Leben rufe. Herr Bardoux versprach, über diesen wichtigen Gegenstand unverweilt mit seinen Kollegen vom Kabinet Rath zu halten und dem Gemeinderath den Bescheid der Regierung in seiner nächsten, am 24. Januar stattfindenden Sitzung mitzutheilen.

Zwei Kundgebungen der deutschen Presse gehen durch sämmtliche Pariser Blätter. Die reaktionären Organe delektiren sich an einem Artikel, der in solchem Falle immer als „offiziös“ bezeichneten „National-Zeitung“, welche den Franzosen, wahrlich ohne Unterschied der Parteifarbe, den freundschaftlichen Rath ertheilt, sich die Illusionen von einem Rückerwerb Elsaß-Lothringens ein für alle Male aus dem Kopfe zu schlagen. „Pays“, „Patrie“, „Francais“, „Figaro“ u. s. w. erblicken in diesem Aufsatze natürlich kurzweg eine Kriegsdrohung Bismarcks an die französische Republik und sind darüber seelenvergnügt. Zu ihrem Unglück können nun aber die republikanischen Blätter gerade wieder mit einer Note der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ aufwarten, welche die konservativen Parteien in Frankreich nur bedauern kann, wenn sie in ihren Streitschriften für die Senatorenwahlen als Hauptargument gegen die Republik geltend machen, daß dieselbe dem Lande den Haß Europa's zuziehe. „Republique Française“, „Temps“, „France“ 2c. nehmen entzückt von dieser Erklärung Akt. Morgen werden die Einen sich wieder auf dieses, die Andern auf jenes Blatt berufen und übermorgen beide unisono erklären, daß es doch eine wahre Schande sei, sich bei inneren Händeln einen Bundesgenossen in der Presse des Landesfeindes zu suchen.

Paris, 1. Januar. Gestern Nachmittag und im Laufe des heutigen Tages haben hier und in Versailles die üblichen offiziellen Empfangsfeierlichkeiten bei allen Behörden stattgefunden, und es sind dabei die gewöhnlichen Reden gewechselt worden, welche jeder politischen Bedeutung entbehren. Nur wird mir heute Abend mitgetheilt, daß die Minister, mit Ausnahme des Kriegsministers Borel und des Finanzministers Leon Say in ihren Antworten auf die Glückwünsche ihrer Beamten eine sehr zuversichtliche Sprache geführt haben, die darauf schließen läßt, daß dieselben auf ein längeres Verbleiben in ihrer jetzigen Stellung rechnen. Dafür spricht auch, daß mehrere Minister heute verschiedenen Mitgliedern des diplomatischen Korps versicherten, es sei bereits unzweifelhaft, daß die konservativ-republikanische Partei bei den Senatswahlen den Sieg erringen werde, und es sei dann auch zu hoffen, „daß dieses Resultat einen günstigen Einfluß auf die Deputirtenkammer ausüben werde.“ Daß Herr Gambetta keine vollständige Auflösung des Kabinets wünscht und im Gegentheil entschlossen ist, dem Kabinet Dufaure auch nach den Senatswahlen möglichst seine Aufgabe zu erleichtern, wurde ebenfalls versichert.

Bei der spanischen Botschaft fand gestern Abend zu Ehren des neuernannten Botschafters am Madrider Hofe, Admiral Jaures, ein Gala-Diner statt, dem die hervorragendsten Mitglieder der hiesigen spanischen Gesellschaft, die Minister Waddington und Freycinet und von fremden Diplomaten nur der interimistische Geschäftsträger Deutschlands, Graf von Wesdehlen, beiwohnten. Dem Diner folgte eine sehr besuchte Soiree, die mit einem improvisirten Balle endete.

Paris, 2. Januar. Die „France“ fügt ihren mehr oder minder sensationellen Mittheilungen über den tunesischen Konflikt eine weitere hinzu, welche sich sofort als böswillige Erfindung kennzeichnet. Das Blatt Emile de Girardin's berichtet als eine Thatsache von höchster Wichtigkeit, daß der deutsche General-Konsul aufgefordert worden sei, sich ebenso wie sein österreichischer Kollege an dem Vorgehen gegen den Grafen Sancy zu betheiligen. Der deutsche General-Konsul habe sich aber entschieden geweigert und erklärt, daß er vom Fürsten Bismarck die Instruktion erhalten habe, der französischen Regierung in Tunis keinerlei Hindernisse zu bereiten und im Gegentheil alle französischen Versuche zu ermuthigen. Die „France“ deutet hierbei an, daß Deutschland damit Frankreich eine Falle legen wolle.

Konstantinopel, 2. Januar. Bei dem anläßlich des Neujahrsfestes stattgehabten Empfange des diplomatischen Korps durch den Sultan sprach der österreichische Botschafter, Graf Zichy, als der Doyen des diplomatischen Korps, dem Sultan seine Genugthuung aus, die Bemühungen des Sultans, den Frieden zu sichern, von Erfolg gekrönt zu sehen. Der Sultan hob in seiner Antwort hervor, er wünsche die Wohlfahrt seines Volkes und freundschaftliche Beziehungen zu allen Mächten. Sodann richtete der Sultan einige huldvolle Worte an die einzelnen Diplomaten.

Die Unterhandlungen wegen des definitiven russisch-türkischen Friedensvertrages nehmen seit dem 31. Dezember einen befriedigenden Verlauf; wie verlautet, hätte Rußland eingewilligt, daß die Kriegskosten-Entschädigung in Papierrubeln gezahlt werde.

Der Großvezier Khereddin Pascha hat sich bereit erklärt, als Prinzip für die Regulirung der griechischen Grenze die Feststellung einer strategischen Linie anzunehmen. Außerdem sollten sich die Mächte verpflichten, in dem Falle, daß neue Ansprüche Griechenlands zu dem Versuche einer Gebiets-Besetzung führen sollten, Neutralität zu beobachten.

Provinzielles.

Stettin, 4. Januar. In der gestern abgehaltenen Sitzung des Verwaltungsrathes der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft lag ein Schreiben der von den Ministerien ernannten Delegirten vor, in welchem dieselben bemerken, daß der Minister für Handel sich bereit erkläre, auf der Basis einer Abstempelung der Aktien auf eine Rente von 4½ Prozent neue Verhandlungen zu eröffnen. Da indeß dieses Schreiben vollkommen hypothetisch abgefaßt und höchst unbestimmt gehalten, da ferner erklärt war, es werde die von den Delegirten der Eisenbahn-Gesellschaft verlangte Einbringung einer bezüglichen Vorlage in den Landtag in dieser Session nicht mehr erfolgen, — so beschloß der Verwaltungsrath nach stundenlangen Diskussionen, die theilweise unter Zuziehung des Direktoriums stattfanden, daß nun an das Ministerium ein Brief zu richten sei, des Inhalts: daß man nach Beschluß der letzten General-Versammlung zwar genöthigt sei, eine Offerte des Staates den Aktionären in einer General-Versammlung mitzutheilen, daß man aber wissen müsse, ob das Gebot von 4½ Prozent überhaupt als eine feste Offerte zu betrachten sei und daß man andererseits bemerken müsse, der Aufsichtsrath glaube, soweit er die Stimmung der Aktionäre kenne, nicht, daß diese eine derartige Offerte acceptiren würden. Bei einer festen Offerte einer Abstempelung von etwas größerer Höhe würden die Gesellschaftsvorstände aber glauben, daß die Aktionäre möglicherweise auf ein derartiges Gebot einzugehen geneigt sein würden. Dieses Schreiben soll

redigirt und dann abgesendet werden. Im Allgemeinen zeigte sich die Stimmung innerhalb des Verwaltungsrathes als durchaus gegen eine Annahme der bisher vorgeschlagenen Basis neuer Verhandlungen gerichtet. — Im Direktorium waren 3 Stimmen für völligen Abbruch der Verhandlungen und 4 für Fortführung derselben. Auch im Verwaltungsrathe erfolgte die Annahme mit nur einer Stimme Majorität. Bis auf ein erkranktes Mitglied war derselbe vollzählig versammelt.

— Der „B. B.-C." schreibt: Der Reichstags-Abgeordnete Karl Braun wird — gewiß zu seinem unendlichen Bedauern — den volkswirthschaftlichen Verhandlungen unseres Reichstages aller Wahrscheinlichkeit nach nicht beiwohnen können, was ihm (der von seiner volkswirthschaftlichen Bedeutung so vollständig überzeugt ist) wahrscheinlich als ein sehr bedeutender Verlust für das deutsche Volk erscheinen wird. Daß die neueste Wandlung der wirthschaftspolitischen Strömung die Abreise des Herrn Karl Braun nach dem Süden veranlaßt haben könnte, erscheint uns durchaus unmöglich bei einem so energischen Kämpen für den Freihandel quand-même.

— Mittwoch, den 8. Januar, beginnen wieder die wöchentlichen Quartett-Soireen der Herren **Knoop**, **Höhne**, **Kunde** und **Krabbe** im Wolff'schen Saale und werden nun wieder regelmäßig jeden Mittwoch fortgesetzt. Wir machen an dieser Stelle besonders auf diese Soireen aufmerksam, welche bei allen Musikfreunden so schnell beliebt geworden sind.

Stettin, 4. Januar. Gestern Vormittag um 10 Uhr waren verschiedene Dampfer von Swinemünde nach hier abgegangen. Dieselben haben indessen wieder retourniren müssen, da sie bei den Lebbiner Bergen noch circa 6zölliges Eis antrafen. Das Papenwasser, sowie der Damman ch sind dagegen fast ganz eisfrei.

— Der Dampfer „Die Crampe" hat von heute ab die regelmäßigen Tourfahrten nach und von hier wieder aufgenommen, indem diesen Fahrten zur Zeit Eishindernisse nicht entgegenstehen.

— Nach der vom Landstallmeister zu Labes gegebenen Uebersicht der im Jahre 1877 durch K. Landbeschäler gedeckten Stuten und der im Jahre 1878 nachgewiesenen Fohlen im Regierungsbezirk Stettin standen im Jahre 1877 auf 17 Beschäl-Stationen des Bezirks im Ganzen 46 Hengste. Diese haben 1762 Stuten im Jahre 1877 gedeckt, von denen 1131 tragend geworden. Hiervon sind im Jahre 1878 geboren und lebend geblieben 447 Hengste und 467 Stuten, zusammen 914 Fohlen. Im Jahre 1878 standen auf 20 Beschäl-Stationen des Regierungsbezirks 52 Hengste und haben diese 2079 Stuten gedeckt. Die Beschäl-Stationen sind folgende: Labes, Stargordt, Demmin, Clempenow, Treptow a. Toll., Borrenthin, Pölitz, Scheune, Nassenheide, Wollin, Koeselitz, Blankensee, Crien, Marienfließ, Großenhagen, Klein-Sabow, Cramonsdorf, Paculent, Pasewalk, Zirkwitz.

— Wie schon früher erwähnt wurde, soll demnächst für einzelne hinterpommersche Eisenbahnstrecken der Ostbahn eine besondere „Eisenbahn-Kommission" in **Stolp** gebildet werden. Es ist nunmehr bestimmt, daß derselben folgende Strecken unterstellt werden sollen: 1) Konitz-Wangerin (149,07 Kilometer), 2) die neue Strecke Neustettin-Zollbrück-Rügenwalde-Stolpmünde (156,20 Km.), 3) die neue Strecke Neustettin-Belgard (62,40 Km.); zusammen also eine Strecke von 367,67 Km.

Ueckermünde, 3. Januar. Der Postdirektor, Premier-Lieutenant a. D. von Borch, ist von hier nach Jüterbogk versetzt und die Verwaltung des hiesigen Postamts dem Postsekretär Schmidt hierselbst kommissarisch übertragen.

Stralsund, 3. Januar. Für die hier im Juni d. J. vorbereitete **Gewerbe-Ausstellung** eröffnen sich überaus günstige Aussichten. Die schwierigste Frage war von Anfang an die nach passenden und ausreichenden Räumlichkeiten. Der große Rathhaussaal, dessen Gewährung man von der Benevolenz des Rathes wohl hoffen durfte, würde bei einer Betheiligung, wie sie gewünscht und erwartet wird, nicht ausreichend sein; auch nur die kleineren Gegenstände dort unterzubringen, dürfte schon Schwierigkeiten machen, für größere würde unter allen Umständen ein anderweitiger Raum beschafft werden müssen. Es würde damit die Ausstellung in zwei von einander getrennte Theile zerfallen und, von anderen daraus hervorgehenden Nachtheilen zu schweigen, jedenfalls der Einheitlichkeit in der Anschauung der Besucher Abbruch gethan. Die zur Ausstellung erforderlichen Gebäude aber eigens für den Zweck zu erbauen, mußte wegen des Kostenpunktes Bedenken erregen, da die jedem Aussteller zufallenden Kosten dann eine die allgemeinste Betheiligung ausschließende Höhe erreichen würden. Bei solcher Sachlage konnte sich das Ausstellungs-Komitee nur dann einen Erfolg seines Unternehmens versprechen, wenn es ihm gelang, die Genehmigung der königlichen Militärbehörde zu gewinnen, den hier eben im Bau begriffenen Kanonenschuppen, sowie die damit in Verbindung stehenden Militärgebäude und den zwischen diesen befindlichen freien Platz für die Ausstellung benutzen zu dürfen. Die Genehmigung ist soeben erfolgt und damit der Erfolg, soweit derselbe durch die Raumfrage bedingt ist, in glücklichster Weise verbürgt. Die Räumlichkeiten umfassen drei Gebäude, von denen das größeste, massive, mit weiten, reichliches Licht einlassenden Fenstern versehene Haupt-Ausstellungsgebäude einen Flächenraum von 1050 Q.-M. enthält. Ein als Maschinenhalle in Aussicht genommener Schuppen umfaßt circa 520 Q.-M. und außer den beiden genannten ist noch eine dritte Halle zur Verfügung gestellt. Unter solchen Umständen werden den Ausstellern Platzkosten entweder gar nicht oder doch nur soweit erwachsen, als sie etwa noch besondere Einrichtungen und Vorkehrungen beanspruchen. Auch für den Transport liegt der Ausstellungsplatz sehr günstig, unmittelbar am Hafen und in nächster Nähe der Hafenbahn. Zu so günstigen, den Ausstellern sich eröffnenden Aussichten kommt dann noch als weitere Bürgschaft für das glückliche Gelingen des Unternehmens der Umstand, daß die vom Herrn Ober-Präsidenten der Provinz Pommern ertheilte Genehmigung auf Ausgabe von dreißigtausend Loosen auf Ansuchen des Ausstellungs-Komitees soeben auf fünfzigtausend erweitert ist. Nach solchen Erfolgen wird es nun also nur Sache der Industriellen und Gewerbetreibenden des Ausstellungsbezirkes sein, das Unternehmen durch zahlreichste, ja allgemeinste Betheiligung zu fördern.

Greifswald, 2. Januar. Die Verhandlung in der bekannten Giftmordssache gegen den Lehrer Ehrenfried Th... zu Gützkow-Wieck wird in den Tagen des 14. und 15. d. Mts. vor dem hiesigen Schwurgerichte, und zwar öffentlich, stattfinden. Es sind zu diesen beiden Tagen im Ganzen 27 Zeugen resp. Sachverständige geladen worden.

Vermischtes.

— Aus Luzern schreibt man: Der Kriminalprozeß Kennel bildete den Anfang jener Reihe von Verbrechen, welche seit zwei Monaten die schweizerische Bevölkerung in Aufregung versetzt hat, aus welcher Aufregung hervor denn auch der Ruf nach Wiederherstellung der Todesstrafe ergangen ist. Heute kam die erste Beurtheilung des Falles vor das Kriminalgericht als erste Instanz. Am 25. Oktober wurde in dem nahe bei Sursee gelegenen Walde der Körper eines jungen Weibes aufgefunden, mit furchtbaren Wunden auf beiden Seiten des Kopfes und am Hinterhaupte. Die Verunglückte hatte mehrere Schädelbrüche erlitten. Sie war zwar noch nicht todt, aber im erbarmungswürdigsten Zustande. Aus dem Walde wurde sie in das Spital gebracht und konnte dort noch ihre Angaben machen über das, was ihr begegnet, denn sie starb erst 22 Tage nach der erlittenen Mißhandlung. Schon am folgenden Morgen wurde Franz Kennel von Arth (Schwyz) verhaftet und gestand schon im ersten Verhör, daß er die That vollbracht. Die Vorgeschichte aber ist folgende: Im März 1878 begab sich Kennel als Schmiedegeselle nach Chur, wo er Arbeit fand. An einem Sonntag ging er in die Wirthschaft zum „Tivoli" und sah dort zum ersten Male Margaritha Vögelin, mit der er ein Verhältniß anknüpfte. Nach circa vier Monaten erhielt er einen Brief vom Schmied Renggli in Sursee, wo er früher anderthalb Jahre gearbeitet hatte, in welchem ihm Arbeit angetragen wurde. Kennel folgte dem Ruf. Von Sursee aus schrieb er seiner Geliebten, daß er dort in Arbeit stehe. Die Vögelin drückte ihm den Wunsch aus, in seiner Nähe zu sein, und er antwortete, es werde sich wohl ein Platz für sie finden. Am 24. Oktober erhielt Kennel von Zürich aus eine Depesche, M. Vögelin werde am Abend von Luzern her mit dem letzten Zuge nach Sursee kommen. Dort holte sie Kennel ab und ging mit ihr unter dem Vorwande, sie zu Verwandten zu bringen — seine Mutter stammt aus einem nicht weit von Sursee entfernten Dorfe — von der Straße ab in den Wald, Rutschwinkel genannt. Im traulichen Gespräche gehen sie in den Wald hinein, da bleibt Kennel einen Schritt zurück und versetzt ihr mit einem eisernen Ringe einen mächtigen Streich auf die linke Seite des Kopfes. Die Vögelin war eine junge, kräftige Person und scheint sich um ihr junges Leben gewehrt zu haben; aber dem robusten Kennel mußte sie nach ihrer ersten Verwundung erliegen. Er muß ihr nun, wie der ärztliche Befund beweist, noch eine ganze Reihe wuchtiger Schläge beigebracht haben, von denen jeder ihr eine tödtliche Wunde verursachte. Er hielt sie nun für todt und schleppte sie in einen zufällig trockenen Graben, warf Steine und Holz, Laub und Moos auf sie herab. Bis gegen Morgen lag die Todtgeglaubte bewußtlos, doch sie erwacht und hört vom nahen Thurme die Uhr schlagen. Jetzt bringt sie den linken Arm frei, vermag die auf ihr ruhende Last etwas zu entfernen und sich langsam hervorzuarbeiten. Das der objektive Thatbestand. Der Staatsanwalt beantragt den Franz Kennel des Raubmordes, begangen an Marg. Vögelin, schuldig zu erklären und ihn mit lebenslänglicher Zuchthausstrafe zu belegen. Der Vertheidiger behauptete, Kennel habe nicht die planmäßige Absicht gehabt, die Margaritha Vögelin zu tödten, sondern nur unschädlich zu machen, habe ihr durch die ihr zugefügte Mißhandlung für immer verleiden wollen, ihm nachzulaufen; aber einmal in Affekt gerathen, sei er weiter gekommen, als er anfänglich gewollt; auch der Widerstand, den er gefunden, habe dabei mitgewirkt. Das Kriminalgericht schloß sich der Auffassung der Staatsanwaltschaft an und verurtheilte den Mörder — er ist 24 Jahre alt — zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe.

— „Fremdkörper im Ohre." Unter diesem Titel bringt die letzte Nummer der „Berl. klin. Wochenschrift" eine Mittheilung über eine merkwürdige Beobachtung und eine noch merkwürdigere Kur aus der Praxis eines Arztes Dr. Kaatr in Bissehörde. Der Dienstknecht eines Bauern kam zu dem letztgenannten Arzt, um ihn wegen starker Schmerzen im linken Ohr zu konsultiren. Bei der Untersuchung zeigte sich, daß das Ohr ganz mit lebenden, sich bewegenden Würmern vollgepfropft war, der Brut der gewöhnlichen dicken Brummfliege, die im Schlafe wahrscheinlich in das Ohr hineingekrochen war und ihre Eier in's Ohr hineingelegt. Die Menge dieser Sprößlinge wurde auf circa 100 geschätzt. Weder durch die Pincette noch durch Auswaschung des Ohres und medikamentöse Einträufelungen gelang es, die Thierchen zu entfernen. Der arme Mensch jammerte über fürchterliche Schmerzen. Da verfiel Dr. K. auf ein sonderbares Mittel. Er band dem Patienten eine Scheibe holländischen Käse vor das Ohr und entließ ihn mit der Weisung, sich damit in's Bett zu legen. Am anderen Morgen kam der Patient freudestrahlend zum Arzt mit der Meldung, daß die Schmerzen ganz aufgehört hätten. Das Ohr war vollkommen leer und rein. Probatum est.

— Aus **Paris** wird zu dem bekannten Finanz-Skandal-Prozesse, dessen Hauptheld der Baron Soubeyran, der Präsident der neugegründeten Escomptebank ist, geschrieben: Es ist bekannt, daß die Regierung auf Grund des Jahresberichts des neuen Gouverneurs des Credit Fonciers, Herrn Christophle, eine Untersuchung gegen den abgetretenen Gouverneur, die Untergouverneure und Verwaltungsräthe dieses unter direkter Staatsaufsicht stehenden Institutes angeordnet hat. Der Fall ist von schwerwiegender Bedeutung. Die bezichtigten Personen sind: Fremy, der Ex-Gouverneur, Großoffizier der Ehrenlegion, Vertrauter und finanzieller Rathgeber der kaiserlichen Familie; der bekannte Baron Soubeyran, früherer Untergouverneur, der, nachdem er dieser Stelle verlustig wurde, in jüngster Zeit eine Escomptebank unter glücklichen Auspicien gründete; Dumas, einer der vierzig Unsterblichen, Großkreuz der Ehrenlegion, der berühmte Chemiker und Gelehrte; Victor Bonnet, Mitarbeiter der „Revue des Deux Mondes"; Pascal, ein fünf- bis sechsfacher Millionär, dessen Sparsamkeit im Allgemeinen und insbesondere seine Vorliebe für den Omnibus als billiges Transportmittel sprichwörtlich ist; West, Rechtsgelehrter, Bruder des Deputirten; ferner Bailly, Levies, [illegible] Leroy-Beaulieu, Guérinet, Bordeaux, Guyon und Parav.., [illegible] Männer den hohen Pariser Kreisen und hinsichtlich ihres politischen Glaubensbekenntnisses dem verbissensten Bonapartismus angehörend, die nunmehr unter der Anklage, mit Jahresschluß 1875 eine unreelle Dividendenvertheilung an die Aktionäre des Crédit Agricol votirt zu haben, vor dem Untersuchungsrichter Herrn Bresselle erscheinen werden. Das gegen derartige Finanzmanöver in Anwendung kommende Gesetz ist sehr streng; es wurde vom gesetzgebenden Körper im Jahre 1867 anläßlich der Marseiller Schwindeleien votirt und bestraft laut seinem § 13 die Vertheiler fiktiver Gewinnste mit beträchtlichen Geldbußen und Gefängniß bis zu 2 Jahren. Hält die Staatsanwaltschaft den Anklagebeschluß aufrecht, so werden diese vornehmen Herren, weil zwei davon Großoffiziere der Ehrenlegion sind, vom Appellhof gerichtet werden, dessen Urtheil keine Berufung zuläßt. In bonapartistischen Kreisen ist man über diese Sache um so bestürzter, als sie dicht vor den Senatorenwahlen eine nahezu vernichtende Wirkung hat.

— Ein Kuchen mit Hindernissen wurde — so berichtet der „Mz. Anz." — am ersten Feiertage in einer Mainzer Familie zu einem Verlobungsfest zubereitet und theilweise verzehrt. Der Kuchen wurde im Hause geknetet und gewürzt, damit Alles hineinkäme, was hineingehört; denn auf die Bäcker ist kein Verlaß, die sparen nur zu häufig am Besten, am Nothwendigsten. So kam denn zum feinsten Mehl reichlich Butter, Milch und Gewürz in den Teig, und es hätte ein ganz vorzügliches Gebäck gegeben, wenn nicht etwas darauf gekommen wäre, was die Bäcker allerdings nicht darauf zu streuen pflegen. Eine Angehörige der Familie litt nämlich an Beschwerden, die sie veranlaßten, ein Quantum sogenanntes englisches Salz zu kaufen und davon hin und wieder einzunehmen. Als der Kuchen fertig und zum Bäcker in den Ofen geschickt war, fand sich das heilsame Salz nirgends mehr. Das war räthselhaft; denn der Geschmack des Heilmittels ist nicht einladend genug, um Kinder zum Naschen zu verführen. Also wohin konnte das Salz gekommen sein? Aber Alles findet sich in der Natur wieder, sagen die Chemiker. Man muß nur suchen oder warten. So kam der Nachmittag des Feiertages und mit ihm der Kaffee, sowie der feierliche Moment des Kuchenaufschneidens. Groß und Klein nahm von dem einladenden Gebäck und aß; dann aber machte sich eine gewisse Verstimmung geltend. Eines sah das andere fragend an. Ein offenes, aber nicht gut auszusprechendes Geheimniß drückte Alle. Der Kuchen hatte einen höchst verdächtigen Beigeschmack; aber wie sollte man das sagen, ohne Diejenige mit zu verdächtigen, die ihn zurecht gemacht hatte. Als sich jedoch weitere Symptome zeigten, da kam Alles ans Tageslicht, umsomehr, als man die Düte mit dem Zucker fand, der auf den Kuchen gestreut werden sollte. Statt dessen war aber das englische Salz darauf gestreut und da die Stimmung des Menschen sehr abhängig ist von Dem, was er genießt, so schloß denn auch der Feiertag in dieser Familie ziemlich programmwidrig.

— In Brüssel macht ein bevorstehender Erbschaftsprozeß Aufsehen. Der Beichtvater eines sehr alten Fräuleins Perdegel behauptet, von dieser zum Erben eingesetzt zu sein, hat aber bereits bei ihren Lebzeiten einen Theil der Erbschaft in Sicherheit gebracht, indem er einen Koffer mit Werthgegenständen entführte. Die Nichte der Verstorbenen weigerte sich, den Koffer auszuliefern, aber mit Hülfe der alten Magd gelang es dem geistlichen Herrn, welcher Superior eines Klosters in Brüssel ist, den Koffer fortzuschaffen. Die Nichte der noch an demselben Tage Verstorbenen hat Klage geführt und angegeben, der Koffer habe für mehr als 100,000 Frcs. Werthe enthalten. Der Friedensrichter hat bei der Verstorbenen die Siegel angelegt und auch den Koffer bei dem Pater Hyacinth trotz dessen Widerspruch versiegelt. Es fragt sich nun, ob sich ein Testament finden wird, woran die richtigen Erben des alten Fräuleins zweifeln. Bei dem Begräbniß wurde der Pater, der mit noch einem Geistlichen in einem Wagen folgte, vom Publikum verhöhnt und verspottet.

— In die trockensten Rubriken der Zeitungen, wo die ernsten, würdevollen amtlichen Bekanntmachungen mit ihrem klassischen Stile ihre Heimstätte haben, und wo Alles eitel Steifheit ist, auch in jene Rubriken schleicht sich manchmal der Schalk, der Humor ein und treibt sein Unwesen zwischen seinen würdevollen Nachbarn. So finden wir unter den amtlichen Publikationen der Dresdener Armenbehörde folgende Perle: „Der Möbelhändler Riedel soll unter Anwendung von Zwangsmaßregeln zur Erfüllung seiner Gatten- und Vaterpflichten angehalten werden und wird deshalb öffentlich gesucht." Wie mögen die unterzeichneten Armenvorsteher Kurze und Hoffmann wohl jene seltsame Zwangsvollstreckung auszuführen gedenken?

Viehmarkt.

Berlin, 3. Januar. Es standen zum Verkauf: 55 Rinder, 391 Schweine, 179 Kälber, 1381 Hammel.

Der sehr geringe, nur aus 2. und 3. Waare bestehende Auftrieb von Rindern wurde schnell zu etwas gehobenen Preisen geräumt: Sekunda 54 bis 55, Tertia 38—43 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht.

Aehnlich, wenn auch nicht ganz so glatt, verlief das Geschäft für Schweine. Beste Mecklenburger und Bakuner fehlten; Landschweine erhielten durchschnittlich 47, Russen 38 Mark pro 100 Pfd. Schlachtgewicht.

Der Markt für Kälber wickelte sich in Anbetracht des gleichfalls äußerst geringen Auftriebes nur langsam ab und variirte der Preis je nach Qualität zwischen 45—60 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht.

Für Hammel war der Begehr so verschwindend gering, daß sich ein maßgebender Preis nicht notiren läßt.

Telegraphische Depeschen.

Darmstadt, 3. Januar. Die „Darmstädter Zeitung" bestätigt, daß sich der Großherzog noch im Laufe des Januar zum Besuche der Königin Victoria nach Osborne begeben werde.

Wien, 3. Januar. Meldungen der „Polit. Korresp.":

Aus Skutari in Albanien vom 1. d.: Die Bewohner von Podgoritza haben dem Sultan telegraphisch angezeigt, daß sie entschlossen seien, dem ihren Bezirk betreffenden Beschlusse des Berliner Kongresses sich in keinem Falle zu unterwerfen. Zugleich ließ die Medschliß von Podgoritza die Wohnhäuser derjenigen Einwohner von Spuz demoliren, welche sich nach Danilovgrad begeben hatten, um Montenegro ihre Unterwerfung anzuzeigen.

Aus Konstantinopel: Frankreich, England, Deutschland und Oesterreich haben sich zu der beabsichtigten Ernennung Rustem Paschas zum Gouverneur von Ost-Rumelien zustimmend ausgesprochen. Rußland hat sich bis jetzt darüber noch nicht erklärt.

Die Verhandlungen zwischen Karatheodory Pascha und dem russischen Botschafter, Fürsten Lobanoff, über einen definitiven Frieden haben bereits am 31. v. M. ihren Anfang genommen.

Paris, 3. Januar. Der „Agence Havas" wird aus Tunis gemeldet, der dortigen Regierung sei ein französisches Ultimatum noch nicht zugegangen, man sei aber darauf gefaßt, daß die französische Regierung wegen des Vorgehens des Grafen Laney Entschuldigungen von Seiten der tunesischen Regierung verlangen, auch die Absetzung der betheiligten Beamten und die Einleitung einer Untersuchung fordern werde.

London, 3. Januar. Ein bei der Admiralität eingegangenes Telegramm aus Ismid von gestern bestätigt das Bersten eines 38-Tons-Geschützes an Bord des „Thunderer". Die Zahl der dabei Getödteten stellt sich auf 10, 2 Lieutenants und 8 Matrosen, der Verwundeten sind 32, darunter 12 schwer Verwundete. Der Thurm ist nicht zerstört, sondern nur sehr stark beschädigt.

Der englische Staatssekretär der Kolonien, Sir M. Hicks-Beach, hielt gestern in einer in Gloucester stattgehabten Versammlung von Konservativen eine Rede, in welcher er hervorhob, die Nachrichten über den Nothstand würden sehr übertrieben und für Parteizwecke ausgebeutet. Was die politische Lage angehe, so sei begründete Aussicht vorhanden, daß der europäische Frieden erhalten bleibe; England habe an der Erhaltung des Friedens ein ebenso großes Interesse wie jeder andere europäische Staat.

Rom, 3. Januar. Die Nachricht von einer angeblichen Mission des Grafen Corti an das Wiener Kabinet wird von dem Journal „Italie" auf Grund von aus bester Quelle stammenden Informationen für unbegründet erklärt.

Washington, 3. Januar. Die Zinsen auf die Schatzbonds wurden heute, obschon in Gold zahlbar, auf Wunsch der Bondsbesitzer in Papier ausgezahlt. Die meisten Besitzer von beim Unterschatzamte in Gold zahlbaren Checks zogen gleichfalls die Auszahlung in Papier vor. Die aus den verschiedensten Theilen der Union eingegangenen Nachrichten lauten ebenfalls dahin, daß nirgends eine erwähnenswerthe Nachfrage nach Gold stattgefunden habe. Wo eine solche vorkam, geschah dies mehr der bloßen Kuriosität wegen.

Der frühere Unionsgesandte in Madrid, General Caleb Cushing, ist gestorben.

Kalkutta, 3. Januar. Nach einer Depesche aus Quettah hatte ein großer Theil der Division Stewart am 31. v. M. den Vormarsch gegen Kandahar durch den Engpaß von Chawaja angetreten, während die Division Biddulph durch den Khojakpaß vorrückte.